

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Zur Nachdruckserlaubnis: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. September 1925 bei 100fach zweimaliger Auflistung pro Seite 1,50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat September 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Postmark berechnet: die einzelpreis 30 mm breite Zeile 30 Pf., die ausserhalb 30 Pf., Breitmaßen und Stellengrenzen 10 Pf.,  
Kabat 10 Pf., ausserhalb 20 Pf., die 90 mm breite Zeile 30 Pf., ausserhalb 30 Pf., Offerlängspreis 10 Pf., Klasse Aufforderungen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Lipsch & Reichert in Dresden.  
Postleitzahl - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe in "Dresdner Nachrichten" zu gestatten. Unaufgelegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Feurich**

Ersten  
Ranges  
Flügel

**JULIUS FEURICH**

Pianohandlung G. m. b. H.

Verkaufslokal: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock)

Ersten  
Ranges

**Feurich**

Pianos

## Die Rabinettssberatungen zur Einladung.

Der mangelnde Einfluß sinkender Weltmarktpreise auf den deutschen Lebensmittelmarkt.

Die Untersuchung des Skandals der Landespostabreisestaffel. — Die deutsch-nationale Schulungswoche.

### Vorerst noch keine Entscheidung.

(Durch Funktionsh.)

Berlin, 21. September. Das Reichskabinett trat heute nachmittag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, an der alle Reichsminister, mit Ausnahme des dienstlich abwesenden Reichswehrministers, teilnahmen. Ministerialdirektor Dr. Gauß erstattete ausführlich Bericht über die Londoner Verhandlungen, woran sich nach einem Referat des Reichsangehörigenministers eine Aussprache über die weiteren mit dem Sicherheitspolik im Zusammenhang stehenden Fragen schloß. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen fortgesetzt werden. Die endgültige Entscheidung wird in einem unter Borsig des Reichspräsidenten abzuholgenden Kabinettsrat getroffen werden. (W.T.B.)

### Am Mittwoch kein Auswärtiger Ausschuß.

Berlin, 21. September. Da möglicherweise die Rabinettssberatungen noch nicht abgeschlossen sein werden, ist die Mittwoch-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages auf Erüben der Regierung verlegt worden. Die neue Sitzung wird voransichtlich einige Tage später stattfinden.

Berlin, 21. September. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei und die Vorsitzenden der Landessverbände treten am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Diese Sitzung wird sich vor allem mit den schwierigen politischen Fragen Sicherheitspolitik, Eintritt in den Bölkerbund usw. befassen, sowie auch mit der Stellungnahme, die einzelne Parteikreise hierzu bereits eingenommen haben.

### Volkspartei und Sicherheitsverhandlungen.

Eine parteioffizielle Erklärung.

Berlin, 21. Sept. Die Nationalliberale Korrespondenz veröffentlicht eine parteiamtliche Erklärung der Deutschen Volkspartei, die sich auf die Richtlinien beruft, die von der Deutschen Volkspartei am 2. Juli beschlossen worden sind:

Sicherung der deutschen Westgrenzen gegen französische Angriffe und Sanktionen ohne Preisgabe deutscher Volksrechts, Aenderung und mögliche Abtäzung der Rheinlandbelebung, Räumung der 1. Zone vor Abschluß irgendwelcher Vereinbarungen, Bereitschaft auch zu östlichen Friedensverträgen, aber unter Zurückstellung eines französischen Garantie und ohne Versicherung des Fieles einer friedlichen Aenderung der unhaltbaren östlichen Grenze, endlich Eintritt in den Bölkerbund bei Wahrung der Vorderrungen des deutschen Memorandums vom September 1924, insbesondere unter entschiedener Ablehnung jeder aus dem Eintritt etwa heraustrittender Anerkennung der von uns fest beläufigen Kriegsschuldfrage.

Diese Grundlinien sind, so wird weiter gesagt, Ausgangspunkt und Ziel der Reichsregierung, wie sie insbesondere in der deutschen Antwortnote vom 20. Juli und den Erklärungen vom Reichskanzler und Außenminister im Reichstagsplenum am 22. und 23. Juli zum Ausdruck gekommen sind.

Die Deutsche Volkspartei hat das leste Vertrauen zu den leitenden Männern, daß sie unbekannt an die Politik festhalten und zu deren Durchführung die Einladung der Westmächte annehmen. Nicht durch politische Entschließungen und starke Festlegungen, sondern nur durch das vertrauensvolle Zusammenwirken und das gemeinsame patriotische Handeln aller verfaßungsmäßigen Organe, die allein die Übersicht über das ganze verwirzte Programm besitzen, kann die deutsche Politik im gegenwärtigen ersten Augenblick gefördert werden. Die Verwirrung der öffentlichen Meinung ist auch deshalb besonders groß, weil die verhandlungstechnische Seite des Problems im unklaren gelassen ist. Das Stadium der Verhandlungen, in das wir jetzt eintreten, wird nicht mit einem Schlag beendet werden. Die vorliegende Ministerzusammenkunft kann nicht den Abschluß bringen. Es handelt sich um Besprechungen nur mit Vertretern der Westmächte, die höchstens zu einer weitgehenden Einigung führen und die selbstverständlich alle Fragen umfassen werden, welche die deutsche Antwortnote vom 20. Juli dieses Jahres aufgeworfen hat. Die Verhandlungen werden — vielleicht nach einer besonderen Konferenz mit Vertretern der östlichen Grenzstaaten — von einer, wie es offiziell englische Meldungen nennen, Generalkonferenz fortgelebt werden. Selbst wird das Problem endgültig erst nach Beendigung der Bölkerbundsaftion, die zwar in engem Zusammenhang mit den Sicherheitsverhandlungen steht, aber dennoch für sich ablaufen muß, und der Generalkonferenz noch folgen wird. Die deutsche Feindseligkeit muß sich auf etappenweises, mühsames Vorwärtsdringen der deutschen Politik einstellen. Sie darf bei solchen Verhandlungen nicht die Arteren verlieren, notwendig ist vielmehr, daß der Reichsregierung Freiheit, Ruhe und Zeit gelassen wird, daß ihr vom Reichstag erzielte Mandat zur Fortführung und Beendigung der deutschen Sicherheitspolitik zu erfüllen.

### Mussolini's zweideutiges Spiel.

Mailand, 21. Sept. Nach Meldungen der italienischen Presse wird es Mussolini für den Fall, daß die Sicherheitskonferenz am 5. Oktober zusammentritt, nicht möglich sein, auf der Konferenz zu erscheinen, da auf diesen Tag der Große faschistische Rat einberufen ist, an dem Mussolini über die innere und außenpolitische Lage sprechen soll. Was die Konferenz selbst betrifft, so meldet der "Festogero", daß in wohlunterrichteten Kreisen die Auflösung herrscht, daß von den meistinteressierten Mächten auf der Sicherheitskonferenz eine androhungliche Erklärung gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland ausgesprochen werde. (T.-L.)

### Der preußische Justiznebel.

Eigentlich sollte es ein Abschluß sein, als sich der preußische Barmat-Ausschuß nach monatelanger Pause am Donnerstag wieder vereinigte, um in wenigen Sitzungen das Ergebnis der ausgedehnten Vernehmungen und Untersuchungen zusammenzufassen. In Wirklichkeit aber sind diese Schlussfassungen zu einer hochpolitischen Sensation geworden, die nur den Aufschwung einer neuen Aktion zur Entschleierung derjenigen Machenschaften in der preußischen Justiz darstellen können, die seit langem die Objektivität und Autorität der Rechtsvöllege in Preußen gefährden. Niemand hat heute noch ein Interesse daran, die abgewirtschafteten und unschätzbaren Barmat-Ausschüsse läunlich am Leben zu halten. Sie haben der Aufklärung der unerhörten Korruptionssäulen, die sich an die Namen Barmat und Antikörper knüpfen, nicht nur nicht gedient, vielmehr wird sich jeder der Entschließung des deutschen Richtertages anschließen, die in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen neben dem ordentlichen Strafverfahren eine partielle Durchkreuzung der Wahlbelehrung feststellt. Der Ruf nach der gerichtlichen Erledigung der Antikörper- und Barmat-Prozesse ist allgemein, aber er wird jedenfalls so lange ungehört verhallen müssen, als nicht die Vorfrage geklärt ist, ob und inwieweit Einflüsse am Werke waren und noch sind, die sich der sachlichen Durchführung der Prozesse entgegenstellen. Monatlang geht bereits der Streit um die Maßregelung der beiden Staatsanwälte Galpari und Krausmann, die die Anklage gegen Antikörper und die Barmats bearbeitet und fast zur Vollendung gebracht hatten, als ihnen plötzlich ihre Arbeitsgebiete entzogen und die Auflagerhebung selbst dadurch maklos verschleppt wurde. Vergebens hat man wieder versucht, Klarheit über die Gründe für diese höchst seltsame Maßnahme des preußischen Justizministeriums zu erhalten. In maklos scharfen Angriffen gegen das preußische Justizministerium, dem unter persönlichen Anschuldigungen schwerste politische Beeinflussung der Rechtsvölge vorgeworfen wurde, haben die beiden Deutschnationalen Leopold und Bacmeister das Justizministerium zu einem strafrechtlichen Verfahren veranlassen wollen, um die Angelegenheit vor Gericht zu klären. Das Verfahren gegen sie ist nicht anhängig gemacht worden. Um so mehr ist es darum jeht Pflicht der parlamentarischen Institutionen, die Nebel zu zerstreuen, die sich um die preußische Rechtsvölge bei aus politische Gebiet hinüber spielenden Fragen ausbreiten. Das ist der Kern der Aufgabe, um die es heute geht und die im Augenblick noch wichtiger ist als der Barmat-Skandal selbst, weil auch nur der Verlust der politischen Beeinflussung der Rechtsvölge an den Grundsteinen des Reichsstaates überhaupt rüttelt.

Zweifellos ist der Barmat-Ausschuß nicht leichts Herzens in die Behandlung dieser Fragen eingetreten, da sie sein eigentliches Arbeitsgebiet überschreiten. Er konnte sie aber um so weniger umgehen, als einmal der preußische Deutschnationale Abgeordnete Henkel in den letzten Tagen mit teils auffällig belebten Handlungen Entthüllungen an die Öffentlichkeit getreten war, die bereits in einem früheren Ellars-Prozeß eine Parallele zu der Maßregelung der Staatsanwälte feststellen sollen, und weil plötzlich der Staatssekretär Fritze vom preußischen Justizministerium im Ausschuß erschienen war, um eine Erklärung zum Fall Galpari-Krausmann abzugeben. Diese Erklärung brachte an sich nichts Neues. bemerkenswert ist dabei nur, daß der Staatssekretär eine Debatte über die Erklärung ablehnte, bei der Beantwortung einzelner Fragen der Ausschusmitglieder aber nach übereinstimmenden Berichten sehr unsicher und nervös wurde. War es schon auffällig, daß er sich sehr oft recht wichtige Dinge nicht mehr zu entzünden vermochte, obwohl sie doch erst kurze Zeit zurückliegen, daß er zwar zugab, daß das Vorgehen gegen die Staatsanwälte im Anschluß an eine Besprechung mit dem gestern vernommenen Dr. Weiß und mit dem sozialistischen Abgeordneten Kuitner erfolgt sei, daß er sich aber nicht mehr daran erinnere, so verzerrt Kuitner auch bei der Beschlußfassung noch angegeben haben sei, so war die einzige präzise Antwort, die er auf die Fragen des Deutschnationalen Abgeordneten Decker gab, sehr gravierend. Es trifft nämlich zu, daß Antikörper dem Staatsanwältschaftsrat Höls versprochen hat, er werde die auch ihm zeitweilig entzogene Untersuchung in der Strafsache Antikörper wie der übertragen erhalten. Es trifft ferner zu, daß Antikörper dem Oberstaatsanwalt Linde wortlich versichern konnte: "Ich werde dafür sorgen, daß Ihnen nichts geschieht." Antikörper und sein Anwalt Justizrat Werthauer haben nicht zu viel verprochen. Wie aber kam Antikörper die Avenimus? Auf Drängen des Demokraten Antikörper vertrat Staatssekretär Fritze zwar die Untersuchung dieser Zusammenhänge, glaubte aber hinzufügen zu sollen, daß das "ja doch wohl nicht viel Zweck haben" werde.

## Die sinkende Tendenz der Lebensmittelpreise.

### Eine offizielle Auslassung zur Preisbildung.

(Nachrichten unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 21. September. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Es ist in der Presse wiederholt darauf hingewiesen worden, daß ein sachlicher Grund für die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten nicht vorliegt. Die Entwicklung der Ereignisse auf dem Weltmarkt seit der Einbringung und Verabschiedung der Zollvorlagen hat diese Ansicht nicht nur bestätigt, sondern auch deutlich erkannt lassen, daß irgendeine Verhöhung für die nächste Zukunft in dieser Hinsicht nicht besteht. Im Gegenteil, die durchaus günstige Entwicklung in fast allen Agrarländern der Welt läßt im Zusammenhang mit einer Reihe anderer wirtschaftlicher Faktoren den berechtigten Schluss zu, daß wir auch in den nächsten Monaten mit sinkenden Preisen zu rechnen haben werden. Von Mitte Juli bis 18. September ist der Preis für die Tonne Rogen von 225,00 auf 150,00 Mark, für die Tonne Weizen von 275,00 auf 210 Mark gefallen. Auch die Wiedereinführung der Einflüsse einer hat in der Abwärtsbewegung der Preise nichts geändert. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist derartig groß, daß es zurzeit überhaupt schwer fällt, Getreide zu einem einigermaßen annehmbaren Preis abzulegen. Wie der Getreihandel an den Märkten beweist, ist die Getreidewelt auf weitere Rückgänge eingestellt. Wenn der Verbraucher von den sinkenden Preisen bisher wenig gemerkt hat, so ist das in letzter Linie darauf zurückzuführen, daß die Handelsspanne immer noch viel zu hoch ist und der Zwischenhandel bisher auf die Preisrückgänge nur wenig reagiert hat. Die Beobachtung ist interessant, daß der Großhandelsindex von Anfang Februar bis 18. September um 10,9 von 198,7 auf 125,8 gesunken ist, während der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten vom Februar bis August d. J. um 9,4 (von 195,8 auf 145) gesunken ist. Unbedeutender sind die Preise für Getreide, Kartoffeln, Schmalz, Zucker und Rindfleisch gefallen, also die Preise für Erzeugnisse, die im Lebenshaushalt des

kleinen Mannes von entscheidender Bedeutung sind. Gestiegen ist lediglich der Preis für Schweinefleisch, was jedoch in der Haupttheorie darauf zurückzuführen ist, daß die Schweinepreise lange Zeit, besonders von Januar bis März 1925, unter den Gekebskostens lagen und die Landwirte vielfach die Schweinehaltung als unrentabel angesehen, oder eingestellt haben. Es ist jedoch berechtigte Ansicht vorhanden, daß dieser vorübergehende Zustand bald überwunden ist, der Auftrieb auch hier wieder größer wird und die Preise entsprechend zurückgehen. Wenn der Handel sich in allgemeinen immer dagegen sträubt, seine Verdienstspanne auf ein extrem hohes Maß heraufzuschrauben, so ist es Pflicht der Behörden, sowohl wie auch des Publikums, aus den vorstehenden Tatsachen unbedingt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

### Die Preisbildung im Fleischergewerbe.

Berlin, 21. September. Am Montag fand im Polizeipräsidium eine von den Ladenfleischern gewünschte Besprechung statt. Die Ladenfleischer erklärten, mit der als zulässig erachteten Bruttolspanne von 15 Prozent nicht auskommen zu können. Demgegenüber stellte der Polizeipräsident fest, daß die Ladenfleischer an dieser Festlegung selbst die Schuld trügen, da sie trotz wiederholter Anspruchserhebung feinerlei ausreichende Unterlagen eingereicht hätten. Die Kontrolle der Fleischläden richtet sich nicht nur gegen die Ladenfleischer, sondern die Stelle für die Polizei das einzige Mittel dar, die Preisentwicklung rückwärts über den Großhändler bis zum Viehhändler und Landwirt zu verfolgen. Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde von den Ladenfleischern erstmals eine Kostenberechnung vorgelegt, die einen Umlaufsatz von 19,5 Prozent errechnet. Diese Vorlage wird von der mittleren Preisprüfungsstelle alsbald eingehend nachgeprüft werden. Zunächst jedoch werden die Maßnahmen der Preisprüfungsstelle unter Zugrundelegung von 15 Prozent durchgeführt. (W.T.B.)